BESCHLUSS

Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen: Sicherheit muss für alle Menschen gelten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. ordentlicher Diversitätsrat 2024
19. - 20.04.2024, Berlin

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Hand in Hand: Was sind unsere Antworten auf die erstarkende Rechte?

Antragstext

Jeden Tag gehen wir gewohnte Wege, mit der Sicherheit, dass nichts passiert. Von Zuhause zur Arbeit, zum Einkaufen, zum Lieblingscafé. Für die meisten Menschen in Deutschland ist das zumindest eine Selbstverständlichkeit. Aber was passiert, wenn diese Gewissheit erschüttert wird? Was bedeutet es, wenn das Sicherheitsversprechen des Staates nicht für alle Menschen gleichermaßen eingelöst ist?

Das geschah bei den Opfern der Keupstraße, die durch eine Nagelbombe des NSU erschüttert wurden, den jungen Menschen in Hanau, die in ihrem Stammcafé eine Shisha rauchten, den Menschen, die in ihrer Unterkunft in Solingen Zuflucht suchten, oder denen, die in Halle beten wollten. Es geschieht dort, wo Menschen auf Pride-Demonstrationen für ihre Rechte einstehen und angegriffen werden.

Es ist eine Reihe von wiederkehrenden rechtsextremen und rassistischen Anschlägen, die vielen Menschen in diesem Land Angst machen, sie ausgrenzen und entfremden. Die Anschläge in Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord an Walter Lübcke - sie mahnen uns, zielgerichtet und konsequent gegen Hass und Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Klar ist, dass jeder Mensch ein Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit hat.

Das Ziel von Rechtsextremen ist, Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte, aber auch Frauen und queere Menschen, einzuschüchtern und aus dem Alltag zu verdrängen. Unsere laute, vernehmbare Antwort darauf ist: Sie haben ein Recht auf einen sichtbaren Platz und Sicherheit in diesem Land.

Die terroristischen Anschläge treffen unsere Gesellschaft bis ins Mark. Sie greifen auch das Gewaltmonopol des Staates an und stellen damit eine Gefahr für die innere Ordnung unseres Landes dar. Es ist unsere Aufgabe, diese Ordnung zu sichern und Menschenleben zu schützen. Im Jahr 2023 gab es die höchste Rate an Anschlägen, die von Rechtsextremen begangen wurden.

Auch das Treffen zwischen hochrangigen AfD-Politiker*innen, Neonazis, finanzstarken Unternehmer*innen und einigen Mitgliedern der Werteunion und CDU, um über sogenannte „Remigration“ zu sprechen, hat uns abermals vor Augen geführt, dass der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland ist. In unserer Gesellschaft ist rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches queerfeindliches und antifeministisches Denken und ein Gedankengut , das sich gegen arme Menschen, Menschen mit Behinderung und gegen Sinti*zze und Rom*nja richtet,schon sehr lange weit verbreitet. Rechtsextreme setzen genau hier an,

befördern Hass und Gewalt. Sie verschieben die Grenzen des Sagbaren und damit auch des Machbaren.

Für die Monate des ersten Halbjahres 2023 lag die Zahl der erfassten rechtsmotivierten Straftaten jeweils deutlich über denen der Vorjahre. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent reagiert und tun dies in Teilen bis heute nicht. Dies ist auch begründet in Vorurteilen, die in Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden vorzufinden sind. Diese Zahlen weisen einmal mehr darauf hin, dass rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für unser demokratisches Zusammenleben sind. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent reagiert. Es ist daher an der Zeit, diesem demokratischen Konsens Taten folgen zu lassen und der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen oberste Priorität einzuräumen. Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen - das sind die Forderungen der Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlages in Hanau. Diese Forderungen müssen von uns Demokrat*innen konsequent vorangetrieben werden.

Es ist unsere Aufgabe, Rechtsextremismus, sowie die Ursachen von rassistischem, antisemitischem und diskriminierenden Gedankengut zu bekämpfen. Wenn sich Menschen in einem Land nicht sicher fühlen können, werden sie ausgegrenzt. Wenn Gerechtigkeit und Konsequenzen nicht folgen, schwindet das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Nicht zuletzt sorgt das dafür, dass sich Betroffene abwenden. Das schadet unserem demokratischen Miteinander. Wir müssen Sicherheit für alle gewährleisten. Gleichzeitig müssen wir unsere Demokratie fördern und sicherstellen, dass sich alle Menschen an ihr beteiligen können.

Daher wollen wir:

1. Rechtsextreme Netzwerke in den Blick nehmen und konsequent verfolgen

Wir müssen rechtsextreme Netzwerke stärker in den Fokus nehmen. Es gilt mehr denn je, unsere Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen zu erkennen und sie aufzulösen. Wir unterstützen sie weiterhin dabei, sich resilienter aufzustellen. Dazu zählen insbesondere die Finanzquellen, auch im europäischen und internationalen Kontext. Denn die rechtsextreme Szene hat sich über Jahrzehnte international vernetzt und Finanzstrukturen aufgebaut. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden verbessert werden, um ein entschlossenes Vorgehen gegen Finanzierungsnetzwerke zu ermöglichen. Um die zunehmend international vernetzten Netzwerke zu stoppen, braucht es eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche sowie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen Standards.

Wir müssen außerdem noch konsequenter gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt eine konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden. Die Evaluierung des Waffenrechts hat erneut deutlich gemacht, dass Verfassungsfeinde immer noch zu leicht legal an Waffen kommen. Wer Mitglied einer verfassungsfeindlichen Gruppe ist, darf keinen Waffenschein halten und muss seine oder ihre Waffen abgeben. Neben der Verschärfung des Waffenrechts braucht es in den Ländern entsprechende Kapazitäten für Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Erlaubniswiderrufe.

Um rechtsextreme Straftaten mit allen Mitteln des Rechtsstaates zurückzudrängen, braucht es Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die sich rechtsextremen Straftaten widmen und dafür mit ausreichend Personal ausgestattet sind, damit Verfahren sorgfältig und zügig geführt und die

Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden kann. Dort, wo nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextreme vorliegen, müssen diese zügig und konsequent vollstreckt werden. Genauso braucht es die Sensibilisierung mit entsprechenden Inhalten in der Aus- und Weiterbildung von Jurist*innen

Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes. Rechtsextreme Vorfälle im Öffentlichen Dienst erschüttern das Vertrauen in unsere staatlichen Behörden und schaden damit nicht zuletzt ihrem Ansehen. Von Diskriminierung betroffene Menschen wenden sich aufgrund von schlechten Erfahrungen und Angst vor Diskriminierung häufig nicht an die Polizei. So erhöht sich auch die Dunkelziffer in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden. Die Reform des Disziplinarrechts war dafür ein wichtiger Schritt. Nun muss dessen konsequente Anwendung sichergestellt werden und weiter an der Einstellungspraxis, der Behördenkultur und der Weiterbildung gearbeitet werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für alle Menschen verlässlicher und vertrauensvoller Ansprechpartner sein. Es braucht deshalb auch verpflichtende und regelmäßige diskriminierungskritische Weiterbildungen für Beamt*innen sowie weitere Studien über das Ausmaß rassistischer und antisemitischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen bei den Sicherheitsbehörden. Die Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes, aber auch die Schaffung von unabhängigen Polizeibeauftragten sind Bausteine zur Stärkung des Vertrauens.

Die AfD ist eine Partei, die unsere Demokratie verachtet. Nicht umsonst haben unsere Sicherheitsbehörden schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als gesichert rechtsextrem eingestuft. Ein Parteienverbot ist ein Instrument aus dem breiten Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie, das unsere Rechtsordnung im Kampf gegen verfassungsfeindliche Parteien ausdrücklich vorsieht - auch wenn es zu recht erhebliche verfassungsrechtliche Hürden gibt. Unsere Verfassungsorgane müssen die aktuellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und die Argumente eines Verbots sorgfältig prüfen und aus den Erkenntnissen die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Auch die Vorfeldorganisationen der AfD dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei der Vernetzung und Personalrekrutierung der rechtsextremen Szene. Deshalb stehen Vereine und Organisationen wie etwa die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Junge Alternative” zu Recht im Fokus der Sicherheitsbehörden. Mögliche Vereinsverbote sind ernsthaft zu prüfen.

2. Unsere Institutionen widerstandsfähiger machen

Verfassungsfeinde versuchen die Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie ins Wanken zu bringen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir unsere Institutionen so aufstellen, dass sie widerstandsfähiger und wehrhafter sind.

Um die Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte auch zukünftig abzusichern, müssen diese verfassungsrechtlich gesichert sein. So können beispielsweise die Organisation der Gerichte, die Anzahl der Kammern, der Richterwahlmodus, und die Anzahl der Richter*innen und deren Amtszeit unmittelbar in der Verfassung verankert werden.

Um die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, die Instrumente der wehrhaften Demokratie umzusetzen, kann eine Stabsstelle wehrhafte Demokratie, die in einem Ministerium der Länder angesiedelt sein kann, sie dabei unterstützen und beraten. Es braucht einen breiten Instrumentenkoffer zum Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, der ständig evaluiert und wo nötig ausgebaut wird.

Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir erleben aber gerade europaweit, dass diese Werte der EU systematisch ausgehöhlt werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz bieten. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist ihre Schutzwirkung, zumindest in den Mitgliedsstaaten, die keine äquivalenten nationalen Grundrechte haben, bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Wenn eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt werden können. Wir wollen außerdem das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechte-Charta verankern. So verhindern wir, dass die Errungenschaften der letzten Jahre von autoritären Kräften zurückgedreht werden.

3. Betroffene schützen

Neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen wir diejenigen unterstützen, die zur Zielscheibe von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung werden. Sie brauchen verlässliche Anlaufstellen, die ihnen mit rechtlicher und psychosozialer Beratung zur Seite stehen. Es ist eine staatliche Aufgabe, diese nachhaltig und verlässlich zu finanzieren. Um Betroffene auch im digitalen Raum besser zu schützen, muss das Gesetz gegen digitale Gewalt zügig verabschiedet werden.

Es ist zudem unsere Aufgabe, einen würdigeren Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen von rechtsextremen Gewalttaten und Terroranschlägen zu finden. Viel zu oft wurde in der Vergangenheit über die Betroffenen geredet, statt mit ihnen zu reden. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, Opferhilfen und -entschädigungen in angemessener Höhe schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Rassistische und antisemitische Straftaten sollen umfassend statistisch erfasst werden. Dazu muss unter anderem die Statistik der politisch motivierten Kriminalität reformiert werden. Die Themenfelder, aber auch die Kategorisierung von Fällen müssen einer wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen und entsprechend reformiert werden, um ein umfassenderes Bild über die Kriminalitätssituation in Deutschland zu erhalten. Sicherheitsbehörden müssen für die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit sensibilisiert werden, um entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten und verlässliche Ansprechstelle für Betroffene sein.

Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es Politiker*innen Journalist*innen oder Ehrenamtliche, müssen durch unseren Staat besser geschützt werden. Deshalb gilt es jetzt, die geplante Reform des Melderechts anzugehen.

Wir wollen, dass sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen Mitteln effektiv wehren können. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll vor Diskriminierung schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich nicht ausreichend gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Wir wollen das AGG überarbeiten, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich ausweiten. Zusätzlich sollen Landesantidiskriminierungsgesetze in den Ländern eingeführt werden, um den

Schutz vor staatlicher Diskriminierung weiter zu stärken. Das Netz von Anlauf- und Beratungsstellen gegen Diskriminierung wollen wir erweitern und verlässlich finanzieren.

4. Demokratie stärken

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie steht von vielen Seiten unter Druck. Sie muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die für Demokratie, Vielfalt und Solidarität eintreten und entschlossen Rassismus, Antisemitismus und Hass Paroli bieten, sind elementar für den Schutz unserer Demokratie. Diese Arbeit müssen wir verlässlich finanzieren. Deshalb müssen wir jetzt schnell das Demokratiefördergesetz einführen. In Zeiten des Rechtsrucks darf bei dieser elementaren Säule einer wehrhaften Demokratie nicht gespart werden. Dadurch verbessern wir insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements und schaffen mehr Planungssicherheit und Kontinuität.

International vernetze rechte, reaktionäre, antifeministische und anti-demokratische Akteure versuchen die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft, der Universitäten und Wissenschaft und in Kunst und Kultur einzuschränken. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen und setzen uns für eine effektive Stärkung einer unabhängigen, lebendigen, feministischen und kritischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland ein.

Darüber hinaus müssen wir die politische Bildung für Menschen jeden Alters strukturell und finanziell stärken und Strategien gegen Desinformation vermitteln. Denn indem wir die Medienkompetenzen und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, machen wir unsere demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter resilienter.

Als Demokrat*innen müssen wir die Brandmauer nach rechts stärken und dauerhaft aufrechterhalten. Jegliche Kooperation mit der AfD und anderen Demokratiefeinden ist eine klare Absage zu erteilen. Auch einer Diskursverschiebung nach rechts stellen wir uns entschieden entgegen. Alle Demokrat*innen sind in der Pflicht, die Grenzen zu menschenfeindlichen Positionen auch inhaltlich aufrechtzuerhalten.

Gute Präventions- und Aufklärungsarbeit ist das beste Mittel, um Menschenfeindlichkeit zurückzudrängen. Dafür brauchen wir auch einen europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Außerdem muss die Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen gestärkt werden.

Unsere Demokratie stärken wir auch, indem wir sicherstellen und aktiv fördern, dass alle Menschen teilhaben können. Deshalb wollen wir ein Bundespartizipationsgesetz einführen und einen Partizipationsrat einrichten. Wichtige politische Entscheidungen sollen nicht über die Menschen, sondern mit ihnen getroffen werden. Denn Demokratie und Diversität bedingen sich einander. Deswegen braucht eine starke Demokratie eine starke Repräsentation und Teilhabe auf verschiedenen Ebenen. Das gilt gerade auch für politische Parteien.

Als Partei haben wir uns dazu verpflichtet, unsere Strukturen inklusiver zu gestalten, damit sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte einbringen. Die demokratischen Parteien Deutschlands benötigen Strategien, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser anzusprechen,

für politische Ämter zu fördern und ihre Perspektiven und Erfahrungen sichtbar zu vertreten. Das fördert unser gesellschaftliches Miteinander.

5. Aufklärung und Erinnerung vorantreiben

Wir teilen den Wunsch der Hinterbliebenen und der Zivilgesellschaft nach lückenloser Aufklärungund Aufarbeitung von rassistischen, antisemitischen und rechtsterroristischen Anschlägen in Deutschland. Noch zu häufig bleiben die Hintergründe und mögliche Netzwerke im Dunkeln. Das bestehende Aufklärungsdefizit muss dringend und konsequent behoben werden.

Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, aus rechtem Terror die richtigen Konsequenzen zu ziehen und die Erinnerung an die Taten nicht verblassen zu lassen. Das NSU-Dokumentationszentrum und das Rechtsextremismus-Archiv können als Blaupause dienen und müssen in enger Abstimmung mit Betroffenen aller Opfergruppen und der organisierten Zivilgesellschaft, zeitnah und langfristig umgesetzt werden. So ermöglichen wir es der Zivilgesellschaft, Journalist*innen und der Wissenschaft besseren Zugang zu Akten zu erhalten und tragen damit zur Aufarbeitung von rechtsterroristischen Anschlägen bei.